

Lindners "Aktienrente" - Eine Kritik

06. Oktober 2024

Das „Generationenkapital“, das nun auf Betreiben der FDP beschlossen werden soll und auch die CDU befürwortet, ist keine gute Idee. Hier wird mit für diesen Zweck aufgenommenen Schulden ein Aktienfonds gefüllt in der Hoffnung auf steigende Aktienkurse, sodass die möglichen Gewinne später zur Finanzierung der Renten verwendet werden können.

Geplant ist ein Ziel-Volumen von 300 Mrd. Euro. Bei sehr optimistischen Annahmen kann unter Berücksichtigung von Inflation und Steuern eine Rendite von vielleicht 5% jährlich erzielt werden, das wären jährlich 15 Mrd. Euro für die Renten, was dann (ab den späteren 30er Jahre) gerade mal etwa einem halben Prozentpunkt Entlastungspotential beim Beitragssatz entspräche. Dieser Idealfall muss aber nicht eintreten. Genauso gut können die Aktienkurse abstürzen, dann haben wir nur Geld an den Börsen verspekuliert. Bei Privatpersonen wird in der Regel von Aktienspekulation auf Pump abgeraten – und dieser Rat sollte auch für den Staat gelten. Eine Rentenreform, die auf die Stärkung der gesetzlichen umlagefinanzierten Rente zielt, wäre auf jeden Fall seriöser.

Aber auch, wenn die Sparbeträge nicht mit Krediten finanziert werden, wie in Lindners neuer Idee eines staatlich geförderten Aktiensparfonds für zukünftige Rentner*innen, gilt: In der Vorstellung, man könne mit finanzmarktgestützten Privat-Renten die jüngere Generation entlasten, liegt ein Denkfehler. Der FDP-Vorsitzende Lindner rechnet damit, dass aus einem Sparbetrag von jährlich 3000 Euro (plus einem Steuerzuschuss von 20 %, also 600 Euro) ein End-Vermögen von einer Million werden kann (Mit dem Lindner-Depot zum Millionär werden? SZ 2./3.2024). Doch selbst, wenn die Rechnung aufginge: Die späteren Generationen würden trotzdem nicht entlastet. Es wird nämlich vergessen, was Georg Mackenroth 1952 dargelegt hat:

Nach dem „Mackenroth-Theorem“ können in volkswirtschaftlicher Rechnung Geldtransfers an Rentner*innen, egal ob Renten oder Auszahlungen aus Fonds, immer nur aus den laufend erwirtschafteten Erträgen entnommen werden. Ob man also in eine Rentenkasse einzahlt oder in einen Fonds – die Auszahlungen müssen immer von den noch Arbeitenden erwirtschaftet werden. Die Belastungen würden nur anders organisiert, aber nicht abgeschafft.

Rechnen wir mal überschlägig durch, was das bei Lindners Rentenmillionären bedeuten würde: Wenn dereinst 20 Millionen Rentner und Rentnerinnen ihr angespartes Vermögen aufbrauchen würden und in ihren letzten 20 Lebensjahren jeweils ein Zwanzigstel ihres von Lindner erträumten Vermögens entnehmen (konsumieren) würden, also 50.000 Euro, dann müssten die dann Arbeitenden für die Rentner*innen jährlich Waren und Dienstleistungen im Wert von 1 Billion erarbeiten und abgeben. Der eigene Konsum der diese Güter Produzierenden würde sich entsprechend verringern. Die junge Generation sollte also

hoffen, dass Lindners Pläne nicht aufgehen.

Aber die Pläne sind ohnehin nicht sehr realistisch. Lindner vergisst nämlich auch, was mit den Aktienkursen passieren würde, wenn jährlich zusätzlich Aktien im Wert von 1 Billion verkauft würden: Die Kurse würden abstürzen, und die erhofften Erträge und wahrscheinlich auch die Einzahlungen würden in der platzenden Kurs-Blase verschwinden.